

## Strategien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das Projekt „fore-sight“

Globalisierung, technologischer Fortschritt und demografische Entwicklung treiben in Deutschland einen Wandel an, der zu sozialen Verwerfungen führt. Steigende Arbeitslosigkeit, Firmenzusammenbrüche, die Verlagerung von Produktionsstandorten und das Rentenproblem wecken existenzielle Ängste, verursachen Orientierungslosigkeit in der Bevölkerung und nähren Spannungen. Unsere Gesellschaft steht vor fundamentalen Herausforderungen. Die soziale Kohäsion insgesamt steht auf dem Spiel.

Zusammen mit der Alfred Herrhausen Gesellschaft entwickelte das C•A•P Strategieansätze, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig si-



Der Zusammenhalt der Gesellschaft steht auf dem Spiel – durch die Verlagerung von Produktionsstandorten, Arbeitslosigkeit und den demografischen Wandel. Das C•A•P und die Alfred Herrhausen Gesellschaft entwickeln Strategien zur Kohäsion. Foto: Max Munn Autrey / MPTV.net

chern sollen. Unter dem Motto „fore-sight – Strategien für die Gesellschaft von morgen“ lief ein Jahr das gemeinsame Zukunftsprojekt, das Mitte Juni in einen Zukunftskongress in Weimar mündete. Dort suchten rund 180 internationale Meinungsmacher gemeinsam nach den Antworten auf die kommenden Herausforderungen. Dabei diskutierten die nächste politische Führungsgeneration der heute Dreißig- bis Vierzigjährigen, Wirtschaftsvertreter, Künstler, Wissenschaftler und Journalisten. Bildung, kulturelle Vielfalt, Toleranz, die Fähigkeit, Bilder zu lesen und das Denken in globalen Zusammenhängen wurden als entscheidende Zukunftskompetenzen ausgemacht. Der Politik müsse es gelingen, sich der ritualisierten Hektik zu entziehen und strategische Räume zu schaffen. Als rote Fäden zogen sich Pragmatismus und das Ringen um neues Vertrauen bei den Bürgern durch die Konferenz. Zu den prominenten Teilnehmern zählten neben anderen der Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann, Siemens-Aufsichtsrats-Chef

*Fortsetzung auf Seite 3*

I N H A L T

### C•A•Prolog

Deutungsschwächen im Kapitalismus 2

### C•A•Programm

Die Einbindung Jugendlicher in die Politik 4  
 Kronberger Gespräche 5  
 Politikempfehlungen für Südosteuropa 6  
 Deutsch-tschechische Nachbarschaft 6  
 Die Ukraine auf dem Weg ins integrierte Europa 7  
 Toleranz: Schlüsselkompetenz für Führungskräfte in der Wirtschaft 9  
 Die Europäische Union in der Doppelkrise? 10 +11  
 Zwei-Staaten-Lösung für den Nahen Osten? 12

### C•A•Personalia

Gäste und Gespräche am C•A•P 13

### C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14 +15

### C•A•Postskriptum

Geschichte und Außenpolitik 16

### C•A•Planung

16

## Deutungsschwächen im Kapitalismus



Jürgen Turek  
Geschäftsführer des C•A•P

Wie kommt es, dass die Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig Exportweltmeister und beim Wachstum Letzter in Europa ist? Warum führen hohe Gewinne deutscher Konzerne und eine hohe Wettbewerbsfähigkeit ganzer Branchen nicht zu mehr Investitionen und neuen Arbeitsplätzen? Diese Paradoxien, vom Münchner Ökonomen Hans-Werner Sinn als das „deutsche Rätsel“ bezeichnet, verunsichern die Republik. Wirtschaftswachstum, Pro-Kopf-Einkommen, Investitionen und Arbeit: Bei fast allen Wirtschaftsdaten hinkt das Land kontinuierlich hinterher. Früher sprach die Ökonomie bei einer Arbeitslosenquote von mehr als zehn Prozent von Depression. Dieser Begriff wird noch vermieden, doch die Lage der deutschen Industriegesellschaft ist dementsprechend kritisch.

Die Krise greift in Wirklichkeit noch tiefer. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze oder Wirtschaftswachstum, so wichtig diese Parameter sind. Wir erleben vielmehr tektonische Verschiebungen in der uns bekannten und vertrauten sozialen Kohäsion. Die Grundfesten gesellschaftlicher Solidarität wackeln. Die Menschen verlieren das Gefühl für faire Verhältnisse und für ihre soziale Sicherheit. In herausragender Weise davon betroffen ist die Einbettung der Menschen in die Arbeitsgesellschaft des Industriezeitalters. Mehrere empirische Kontexte illustrieren dies. So verliert das Normalarbeitsverhältnis – lebenslang, voll erwerbstätig, sozial rundum abgesichert – als Existenzbasis an Kraft. Waren in den Achtzigerjahren noch rund sechzig Prozent der Erwerbstätigen voll beschäftigt, so gilt dies heute nur noch für rund die Hälfte. Gleichzeitig kommt der Arbeitsgesellschaft mit dem Verlust der Ordnung der Arbeit ihre Seele abhanden. Früher galt: Man war, was man tat und was man besaß. Der arbeitende Mensch definierte sich über seinen Erwerb und die Gewinne, die er in Wohlstand, Sicherheit und Symbole für sein Image investierte. Dieses Kalkül funktioniert so kaum mehr. Wenn Arbeit nach wie vor als zentraler Lebensinhalt begriffen wird, der aber nicht mehr gesteuert werden kann, führen sozialer Wandel und der Verlust von Arbeit schnell zur Sinnkrise. Und die sicher geglaubten Besitzstände im Sozialstaat schwinden. Die Menschen im Land ahnen, dass die Einbahnstraße eines linear wachsenden Wohlstands und einer nachhaltigen sozialen Sicherheit in Zukunft eine Gegenfahrbahn erhält.

Die gefühlte soziale Temperatur ist dermaßen kalt, dass die gereizte Frage nach der Existenzberechtigung des Kapitalismus kaum verwundert. Niedriglöhne und Jobverlagerung auf der einen Seite, Millionengehälter und Rekordgewinne auf der anderen: Die soziale Schere öffnet sich gewaltig. Von der Bildung einer neuen Klassengesellschaft, von neuer Armut, von Unter- und Oberschicht ist die Rede. Das Soziale in der Marktwirtschaft verblasst, und niemand vermag dem gesellschaftlichen Wandel durch eine klare Deutung der Verhältnisse einen Sinn und eine Richtung zu geben. Die Forderung nach einem Standortpatriotismus deutscher Unternehmen wirkt hilflos, da sie die unterschiedlichen Logiken von staatlichem und unternehmerischem Handeln gänzlich ignoriert.

Vielmehr gilt: Die Kultur der Industriegesellschaft greift nicht mehr. Das C•A•P und die Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog haben sich in einem Projekt verpflichtet mit dem Ziel, diese Zukunftsfragen zu verstehen und zu diskutieren. Mit einer Serie von Impulskonferenzen haben wir im letzten halben Jahr einen spannenden Zukunftskongress in Weimar vorbereitet, der sich intensiv mit den Problemen der globalisierten Gesellschaft befasste, wobei die Frage „Job oder Rendite“ von großer Bedeutung war. Unser Aufmacher widmet sich dieser Story.

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

Heinrich von Pierer, der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende David McAllister, Hollywood-Regisseur Taylor Hackford, der Publizist Warnfried Dettling, der Sprecher der Alfred Herrhausen Gesellschaft Wolfgang Nowak und C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.

Der Abschlussveranstaltung in Weimar gingen drei Impulskonferenzen voraus, deren Inhalte den Kongress mitstrukturierten. Hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien diskutierten dabei am C•A•P die relevanten Fragestellungen zur Bewältigung des sozialen Wandels: neue gesellschaftliche Orientierungsmuster, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sichern können, die Prägekräft von Religion und Mythen im 21. Jahrhundert sowie kreative ökonomische Ansätze für Standortpolitik und nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Neue Wege, mit dem demografischen Wandel in Deutschland umzugehen, wurden dabei ebenso aufgezeigt wie die Macht der Bilder in einer von Visualisierung geprägten Gesellschaft. Besonders häufig standen Sinnstiftung und Orientierung im Mittelpunkt der zahlreichen Paneldiskussionen. Kommt es zu einem Wiedererstarken der traditionellen Sinnstifter oder wird es neue geben? Professor Dan Diner vom Leipziger Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Professor Herfried Münkler von der Humboldt-Universität Berlin lieferten mit ihren Impulsvorträgen letzten November den Auftakt zur Debatte um Orientierung und Zusammenhalt. Der Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien und der Gewerkschaften wurde als besonders eklatant eingestuft. Der Vertrauensverlust von Regierungen stieß auf tiefe Beunruhigung. Es stellte sich die Frage, ob diese Institutionen unsere Gesellschaft als Ganzes noch sicher in die Zukunft führen können.

Darüber hinaus wurden die Kirchen in ihrer Rolle als Sinnstifter analysiert. Die evangelische Landesbischöfin Margot Käßmann aus Hannover und Professor Friedrich Wilhelm Graf vom Lehrstuhl für Systematische Theologie der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität fächerten Religion und Säkularisierung aus Sicht der Praxis und der Theorie auf. Im Zentrum standen die Probleme, die Europa im Umgang mit der eigenen Religion und mit dem Islam verzeichnet. Der Ökumene ordnete die Landesbischöfin einen besonderen Stellenwert zu, ebenso der Dialogbereitschaft mit dem Islam. Um auch in Zukunft Orientierung zu geben, müsse die Kirche progressiv mit den soziopolitischen und -kulturellen Veränderungen umgehen.

Weitere Höhepunkte der Impulskonferenzen waren die Diskussionen über die Entwicklung neuer ökonomischer Modelle für den Standort Deutschland. Anders als derzeit im Lande praktiziert, dürfe, so der Appell Heike Grimms von der Universität Erfurt und Warnfried Dettlings, die Reformdebatte nicht hauptsächlich auf arbeitsmarktbedingte Faktoren fixiert sein. Der Kern des Standortproblems liege im fehlenden Wachstum. Im Mittelpunkt müsse daher die gezielte Förderung von Kreativität stehen, denn diese generiere wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Woran es aber in Deutschland mangle, seien gleichzeitig notwendige Voraussetzungen für die maximale Ausschöpfung von Kreativität: eine gezielte und stringente Innovationsoffensive der Regierung sowie ein gesellschaftliches Umfeld, das Neuem positiv und fördernd begegnet.

Das Fazit der Diskussionen und des Kongresses von Weimar war eindeutig: Die Möglichkeiten strategischen Handelns für die Gesellschaft von morgen sind noch lange nicht ausgeschöpft. Im Gegenteil: Gerade in Deutschland muss eine richtungsweisende Debatte zur Zukunft der Gesellschaft initiiert werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt kann nur über ein konzertiertes Handeln von Vertretern aus allen Gesellschaftsbereichen erreicht werden. Weitere Informationen unter [www.fore-sight.net](http://www.fore-sight.net) und [www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de).



Job oder Rendite? Siemens-Aufsichtsrats-Chef Heinrich von Pierer.



Strategien für den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Wolfgang Nowak, Sprecher der Alfred Herrhausen Gesellschaft und C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld.



Kirchen als Sinnstifter: Professor Friedrich Wilhelm Graf von der Ludwig-Maximilians-Universität München und Landesbischöfin Margot Käßmann von der evangelischen Landeskirche Hannover.

## Kinder- und jugendgerechtes Deutschland – Aktionsplan für Europa

Die Förderung einer aktiven Staatsbürgerschaft – insbesondere die der jungen Europäer – ist vorrangiges Ziel der Europäischen Union. Dies belegen die Weißbücher „Governance“ und „Jugend“, die EU-Verfassung und der „Pakt für die Jugend“. Partizipative Demokratie wird dort als wichtiger Grundsatz europäischer Politik festgeschrieben. In diesem Zusammenhang wird explizit eine verstärkte, aktive Beteiligung von jungen



Das Engagement Jugendlicher für Europa kann nur funktionieren, wenn Europa auch die Jugend mitnimmt und Partizipation ermöglicht.  
Foto: Europäische Kommission

Menschen am demokratischen Leben in Europa gefordert. Die konkrete Ausgestaltung bleibt jedoch allgemein und vage. Hier setzt die Arbeit der Forschungsgruppe Jugend und Europa (FGJE) am C•A•P an: Was bedeutet aktive Bürgerschaft in der EU konkret? Welche Rolle spielen dabei die Jugendlichen? Welche Bedeutung kommt ihren Erwartungen und Forderungen zu? Und wie können jugendliche Positionen Eingang in die Politikgestaltung der EU finden?

Der europäische Einigungsprozess kann nur durch aktives Engagement der Bevölkerung und besonders der Jugendlichen gelingen. Hierzu ist jedoch eine entsprechende Qualifizierung der kognitiven Fähigkeiten ebenso vonnöten wie eine adäquate Handlungs-, Kommunikations- und Vermittlungskompetenz. Vor diesem europa- und jugendpolitischen Hintergrund trafen sich Peter Ruhenstroth-Bauer, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Barbara Wurster, Leiterin des Referats Europäische Jugendpolitik und Stefan Rappenglück, Leiter der FGJE, zum Fachaustausch. Dabei wurden die grundsätzliche Förderung des politikberatenden Ansatzes der FGJE wie auch die kommenden Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Der Fokus der künftigen Projektarbeit richtet sich inhaltlich insbesondere auf die Vermittlung von Europakompetenz, die Themen Partizipation, Toleranz, Sicherheit und Identität im größeren Europa sowie auf die Auswirkungen des demografischen Wandels in der EU auf die Jugend- und Bildungspolitik. Sollen Politik und Bildungsarbeit nicht ins Leere laufen, müssen diese gerade jungen Menschen aufzeigen, dass sie von Europa in einer Vielzahl von Lebensbereichen betroffen sind. Im Mittelpunkt der Entwicklung didaktischer Materialien steht die Vermittlung der Europäischen Verfassung. Diese bietet in der Auseinandersetzung mit den Widerständen einen guten Ansatzpunkt, den gesamt-europäischen Gedanken im Selbstverständnis der Bildungsarbeit in Deutschland zu etablieren. Weitere Informationen unter [www.fgje.de](http://www.fgje.de).

### Web-Dossier zum Ratifikationsprozess

Am 29. Oktober 2004 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union nach über zwei Jahren Arbeit im EU-Konvent und in der Regierungskonferenz den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Seitdem durchläuft der Verfassungsvertrag die nationalen Ratifizierungsverfahren und sollte eigentlich am 1. November 2006 in Kraft treten. Alle 25 Mitgliedstaaten der Union müssen die Verfassung ratifizieren, damit sie den Vertrag von Nizza ablösen kann.

Nach schnellen parlamentarischen Ratifikationen in Litauen, Ungarn und Slowenien begann Ende Februar mit der Volksabstimmung in Spanien der Reigen der Referenden über die EU-Verfassung. Die Bürger werden

dabei direkt gefragt, ob sie der EU-Verfassung zustimmen. Einerseits ist dies zu begrüßen, da so auf nationaler Ebene intensiver über den Inhalt der Verfassung diskutiert wird. Andererseits hat sich gezeigt, dass Gegner die Situation nutzen, anti-europäische Ressentiments zu schüren oder innenpolitische Rechnungen zu begleichen. In Frankreich und den Niederlanden sagten die Bürger „Nein!“ zur Verfassung. Die Spanier bekräftigten zwar mit einem deutlichen „Si!“, dass sie die Verfassung unterstützen, die Beteiligung am Referendum lag jedoch nur knapp über vierzig Prozent. In Dänemark, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Polen, Portugal und der Tschechischen Republik stehen noch Referenden an. Offiziell gibt es keinen „Plan B“, der nach einem Scheitern der Verfassung ausgeführt werden könnte. Gleichwohl wird hinter den Kulissen intensiv an alternativen Szenarien gefeilt.

Die Bertelsmann Forschungsgruppe Politik hat unter der Adresse [www.eu-ratifikation.de](http://www.eu-ratifikation.de) ein Webdossier erstellt, um diesen Diskussions- und Abstimmungsprozess bis Ende 2006 zu beobachten und mit Analysen zu begleiten. Zu jedem Mitgliedstaat werden die Erfolgchancen der Ratifizierung bewertet, Details zum Entscheidungsverfahren und Meinungsumfragen dokumentiert sowie eine Bilanz der Abstimmung gezogen. Weiterführende Links zu thematisch passenden Websites, politischen Analysen und Presseartikeln ergänzen das Angebot.

## Verhaltener Optimismus in Kronberg

Mit einem verhalten optimistischen Blick in die Zukunft endeten die diesjährigen Kronberger Gespräche, zu denen auf Einladung der Bertelsmann Stiftung mehr als fünfzig Spitzenvertreter aus 21 Ländern und sechs internationalen Organisationen zusammengekommen waren. So habe sich im israelisch-arabischen Konflikt ein „Window of Opportunity“ aufgetan, bei dem es nun darauf ankomme, die Chance zu einem Fortschritt im Interessenausgleich zwischen Israel und den Palästinensern zu nutzen. Nach einer erfolgreichen palästinensischen Präsidentenwahl und der israelischen Bereitschaft zum Rückzug aus dem Gazastreifen müsse nun alles dafür getan werden, dass beide Seiten aufeinander zugehen.

Neben dem israelisch-palästinensischen Konflikt bestimmten zentrale Themen wie das iranische Atomprogramm und mögliche amerikanische Reaktionen, der politische Reformprozess der Region und die Zukunft des Irak die dreitägige Konferenz. Mit Blick auf die Wahlen im Irak zeigten sich zumindest die irakischen Regierungsvertreter zuversichtlich, dass eine Einbindung aller ethnischen und religiösen Gruppen gelingen könne. Zum politischen und wirtschaftlichen Reformprozess in den Ländern der Region zogen die Teilnehmer eine gemischte Zwischenbilanz: Während arabische Vertreter auf das bereits Erreichte verwiesen, betonten andere Teilnehmer die Notwendigkeit einer entschiedenen Weiterführung der Reformpolitik. So wies C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld darauf hin, dass zwar die meisten Länder der Region eine kontrollierte Öffnung ihrer politischen Systeme unternommen hätten, es aber bislang in keiner der regionalen Autokratien einen wirklichen demokratischen Machttransfer gegeben habe.

Die Kronberger Nahostkonferenz bündelt die Arbeit des Projekts „Europa und der Nahe Osten“ von C•A•P und Bertelsmann Stiftung. Ziel dieses Projekts ist die Entwicklung langfristiger Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und der Europäischen Union. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/aktuell/events/2005/kronberg.php](http://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2005/kronberg.php).



Der stellvertretende C•A•P-Direktor Josef Janning (links) und C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld (rechts) mit dem saudi-arabischen Staatssekretär Prinz Turki bin Abdallah bin Saud Al-Kabir.

## Politikempfehlungen für Südosteuropa

Mit Blick auf Südosteuropa fällt auf, dass die Distanz zwischen akademischer Forschung und aktualitätsbezogener Politikberatung eklatant ist. Zwar sind die verheerenden Entwicklungen der Neunziger Jahre samt den besonderen Transformationsschwierigkeiten von heute in aller Munde, wissenschaftliche Erkenntnisse über politisch-institutionelle Erblasten, Traditionen und Errungenschaften werden jedoch nur spärlich für die Politikberatung nutzbar gemacht.

Seit Januar diesen Jahres gibt es am C·A·P ein neues internationales Kooperationsprojekt zur Geschichte und Politik Südosteuropas, in Zusammenarbeit mit der Romanian Academic Society und dem Romanian Institute for Recent History in Bukarest als Partner. Gefördert wird das auf drei Jahre angelegte Projekt von der Volkswagen Stiftung. Ziel des Projektes ist, formelle und informelle politische Institutionen in Südosteuropa vom 19. Jahrhundert bis heute zu untersuchen. Auf der Eröffnungskonferenz im rumänischen Mamaia im Juli wird ein experimentierfreudiges Team von zwölf Autoren zusammengestellt, die mit Ressourcen und Netzwerken ausgestattet werden, um eigene Ideen und Expertisen vergleichend und strategisch auf neue Länder

und Epochen auszuweiten. Die Schlussfolgerungen daraus sollen in eine Studie mit konkreten Politikempfehlungen münden, die auch dem zu erwartenden wachsenden Interesse an Südosteuropa Rechnung tragen. 2007 ist das Abschlussjahr des Projektes und zugleich das Jahr, in dem Rumänien und Bulgarien voraussichtlich der EU beitreten. Weitere Informationen unter [www.cap-lmu.de/projekte/fge/captivestates/](http://www.cap-lmu.de/projekte/fge/captivestates/).



Der Hafen von Constanza.

## Spannungsfelder der deutsch-tschechischen Nachbarschaft

Um die deutsch-tschechische Nachbarschaft ist es in jüngster Zeit immer ruhiger geworden. Diese Unaufgeregtheit könnte bedeuten, dass es keine gravierenden Spannungen mehr gibt. Ein genauer Blick auf die Beziehungen jedoch macht rasch deutlich, dass das bilaterale Verhältnis und die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Tschechen noch von vielen Gräben und Spannungsfeldern durchzogen sind. Das verdeutlichte ein Studientag zu Fragen der deutsch-tschechischen Nachbarschaft, zu dem die Forschungsgruppe Deutschland des Centrums für angewandte Politikforschung zum inzwischen zweiten mal nach München eingeladen hatte. Die Veranstaltung versteht sich als Forum des wissenschaftlichen Nachwuchses. Es zeigte sich, dass nationale, regionale und lokale Identitätskonstrukte für die gegenseitige Wahrnehmung und die grenzüberschreitende Praxis von Deutschen und Tschechen bis zum heutigen Tag von großer Bedeutung sind. Besonderes Gewicht

kommt dabei dem Geschichtsbewusstsein zu, das aber keinesfalls nur aus dem Zeitraum seit dem Nationalsozialismus schöpft. Vielmehr entfalten Traditionsstränge wie das Nationenverständnis Frantisek Palackys oder die mittelalterlichen Handelsbeziehungen bis heute ihre Wirkung. Sie können Chance wie Last der gegenseitigen Wahrnehmung sein. Um sie konstruktiv für die nachbarschaftliche Interaktion nutzbar zu machen, bedarf es des Dialogs zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, wie er etwa auch im Forschungsprojekt „Grenzregionale Identitäten“ der Forschungsgruppe Deutschland stattfindet.



Grenzen durch Europas Mitte zwischen Deutschland und Tschechien.

# Die Ukraine auf dem Weg ins integrierte Europa

**D**ramatischer als in der Ukraine hätte man einen Wandel nicht inszenieren können: Der demokratische Kandidat wird im Wahlkampf behindert, sogar vergiftet. Er überlebt und wird schließlich durch Manipulationen besiegt. Aber dann steht das Volk auf, Hunderttausende harren fröhlich-feiernd aus, und zum Schluss triumphiert die Demokratie.

Wie immer ist die Wirklichkeit komplizierter. Denn freie und faire Wahlen allein vermögen noch keine Demokratie zu etablieren. Präsident Viktor Juschtschenko, der ukrainische Hoffnungsträger, hat eine schwierige Aufgabe vor sich: Er muss neben der Gestaltung des Wandels die ukrainische Gesellschaft versöhnen. Um die Demokratie zu stützen, muss er gleichzeitig demokratische Verfahren etablieren und die wirtschaftliche Dynamik aufrecht erhalten. Gemessen wird er auch daran, mit welchem Erfolg er die Korruption bekämpft und wirtschaftliche und politische Macht entflechtet. Damit die Ukraine diesen hindernisreichen Weg durchhalten kann, benötigt sie neben Reformwillen eine glaubwürdige Vision von ihrer künftigen Entwicklung und internationale Einbindung. Die Europäische Union hat während der dramatischen Tage des Wandels ihren Handlungsbedarf erkannt. Sie hat die junge Demokratie unterstützt, ihr aber nicht den von Juschtschenko angestrebten EU-Beitritt in Aussicht gestellt.

Die EU hat sich durch zielgerichtete Kooperation mit Reformstaaten in den vergangenen Jahren zu einem attraktiven Reformbegleiter entwickelt. Um die Entwicklung in Drittstaaten zu stabilisieren, hat sie durch das Angebot von Beitrittsperspektiven die entscheidenden Leitlinien für Reformen gesetzt. Die Ukraine ist Teil der im März 2004 von der Kommission verabschiedeten Strategie „Großes Europa – Nachbarschaft“. Die EU hat den Handlungsdruck jenseits ihrer Grenzen erkannt. Ihre Nachbarschaftspolitik beinhaltet dabei keine neuen Formen der institutionellen Zusammenarbeit, noch stellt sie gar einen Beitritt in Aussicht. In der politischen Praxis hat sich aber bereits gezeigt, dass dies weder eine leistungsfähige noch attraktive Strategie zur Gestaltung Gesamteuropas ist.

Aufgabe der Architekten Europas wird es sein, einen umsetzungsfähigen Bauplan für ein Europa der mehreren Ebenen zu entwickeln. Künftig geht es darum, die Handlungsfähigkeit der EU nicht durch eine räumliche Überdehnung zu gefährden, andererseits aber auch die Sicherheit und Stabilität des Kontinents zu garantieren. Dabei muss über Assoziierungen mit unterschiedlicher Dichte ebenso nachgedacht werden wie über Teilmitgliedschaften in einzelnen Bereichen der europäischen Integration.

Letzten Dezember, zum zeitlichen Höhepunkt der orangenen Revolution in Kiew, hat das C•A•P zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung die Ergebnisse ihrer deutsch-ukrainischen Expertengruppe vorgestellt. Laut Einschätzung der Experten waren die Präsidentschaftswahlen ein Wegweiser zu den Herausforderungen der Transformation. Basierend auf der fachlichen Kompetenz zur Transformation und den internationalen Netzwerken befasst sich das C•A•P auch weiterhin konzeptionell mit der jungen ukrainischen Demokratie im integrierten Europa. Welche Rolle die Ukraine künftig in der EU spielen kann, hängt von den Reformfortschritten im Land ab – und von der Weiterentwicklung der europäischen Integration.



Protest in der Ukraine.



Die deutsch-ukrainische Expertengruppe des C•A•P und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Transatlantic Editors Roundtable in Rom

Bereits zum fünften Mal trafen sich Ende April die Chefredakteure Außenpolitischer Fachzeitschriften im Rahmen der Transatlantic Editors Roundtables des C•A•P-Projektes „Improving Responsiveness“. Nach Konferenzen in Washington, London, Berlin und New York kamen dieses Jahr die Vertreter von achtzehn Zeitschriften in Rom zusammen. Der Roundtable, der von der Zeitschrift „The International Spectator“ des italienischen Istituto Affari Internazionali mit veranstaltet wurde, stand unter dem Titel „Transatlantic Relations – Towards a new strategic partnership“. Den Mittelpunkt bildeten die strategischen Herausforderungen für das transatlantische Verhältnis: die sicherheitspolitischen Bedrohungen des Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, geostrategische Veränderungen durch den rasanten politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Ostasiens, die Reform der Vereinten Nationen. Unterstützt wurde die Diskussion, in der sich klare analytische, taktische und strategische Differenzen zwischen amerikanischen und europäischen Teilnehmern offenbarten, durch hochrangige Redner aus politischer Wissenschaft und Praxis, die sich ähnlich der Gruppe der teilnehmenden Redakteure je zur Hälfte aus Amerikanern und Europäern zusammensetzten. Zu den teilnehmenden Zeitschriften gehörten in diesem Jahr unter anderem „Foreign Affairs“, „Foreign Policy“, „The Washington Quarterly“ und „Current History“ aus den USA sowie „International Affairs“, „The International Spectator“, „Aspenia“ und „The World Today“ aus Europa. Ermöglicht werden die Transatlantic Roundtables durch die Unterstützung des C•A•P im Rahmen des Key Institutions Programs des German Marshall Funds of the United States.



Der stellvertretende C•A•P-Direktor Josef Janning, James Hoge, Chefredakteur von „Foreign Affairs“ und C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld (v.l.n.r.).

## Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik – eine transatlantische Simulation

Nur wenige Tage vor dem Gipfeltreffen der Verteidigungsminister der EU Ende letzten Jahres trafen sich sicherheits- und verteidigungspolitisch orientierte transatlantische Nachwuchsführungskräfte am C•A•P, um Mängel und Möglichkeiten, Grenzen und Chancen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in einem transatlantischen Kontext zu diskutieren. Vertreten waren Experten aus Think Tanks, Universitäten, Fachzeitschriften und Unternehmen aus Europa und den USA. Sie folgten einer Einladung des C•A•P-Transatlantikprojektes „Improving Responsiveness“, das dieses Jahr auch von der Thyssen-Stiftung gefördert wird.

Der Roundtable, geleitet von den C•A•P-Mitarbeitern Sebastian Brökelmann und Eva Feldmann-Wojtachnia, bestand aus drei Teilen, die speziell zur Entwicklung eines besseren Verständnisses des Handlungsbereichs, der Chancen und Probleme der ESVP konzipiert waren. Höhepunkt des Roundtables war eine Simulation des Krisenmanagements der EU vor dem Hintergrund eines fiktiven Krisenszenarios in Algerien, das sich, begleitet von Terrorismus und Bürgerkrieg, auf Europa auswirkt und eine sofortige Reaktion der europäischen Außenminister erfordert. Dabei ergaben sich insbesondere Probleme bei der gemeinsamen Bewertung der Bedrohung sowie der taktischen Reaktionen. Vervollständigt wurde der Roundtable schließlich durch die Diskussion der notwendigen politischen Schritte zur Verbesserung einer effizienten Entscheidungsfindung innerhalb der ESVP und der künftigen Verbindung der ESVP mit der transatlantischen Sicherheitsarchitektur.



Die Moderatoren des Transatlantic Roundtable Eva Feldmann (links) und Sebastian Brökelmann im Gespräch mit Mirjam Dittrich vom Brüsseler European Policy Center.



## Toleranz – Schlüsselkompetenz für Führungskräfte in der Wirtschaft

Politik und Wirtschaft arbeiten oft eng zusammen. Doch können Politiker und Politikwissenschaftler auch von den Chefs von Unternehmen und Ökonomen lernen – und umgekehrt? Sie können. Susanne Ulrich von der Akademie Führung & Kompetenz des C·A·P und Rupert Schmitt von der Abteilung Grundsatzfragen und Unternehmensqualität bei BMW warfen im C·A·P-Forschungskolloquium die Frage auf, wie moderne



BMW in der Formel 1. Ebenso wichtig wie die Entwicklung der Fahrzeuge ist das Beheben...

Unternehmen Fehler als Chance zur Leistungsoptimierung nutzen können. Voraussetzung dafür ist eine veränderte Einstellung zu Fehlern, sowohl in der Produktion als auch im Management und auf allen Führungsebenen. „Erst wenn Fehlerbehebungen Anerkennung findet und Spaß macht, wird der Prozess der Fehlerbeseitigung zu einem Kernprozess des Unternehmens“, erklärte Rupert Schmitt. Ein Vorbild hat BMW dabei innerhalb der eigenen Unternehmensgruppe ge-

funden: Als Studienobjekt für den tabulösen Umgang mit Fehlern dient das Formel 1-Team des Automobilbauers, in dem Schmitt zufolge der Prozess der Fehlerbehebung mindestens so gut sein muss wie die Entwicklung. Susanne Ulrich betonte, es gehe nicht um das Vermeiden von Fehlern per se. Vermieden werden sollten vor allem Fehlerwiederholungen und das Vertuschen von Fehlern. Die Voraussetzung hierfür ist ein tolerantes, angstfreies Arbeitsklima, das die Bereitschaft fördert, Verantwortung zu übernehmen. Aus diesem Grund braucht die Qualifizierung von Führungskräften die Schwerpunkte Toleranz und Verantwortung. Rupert Schmitt sieht hierin eine große Herausforderung, aber auch ein großes Potenzial nicht nur zur weiteren Verbesserung einer zielorientierten Zusammenarbeit, sondern auch zur drastischen Einsparung überflüssiger Kosten. In einer gemeinsamen Erprobungsphase sollen die Seminarmodule der Akademie Führung & Kompetenz für den Einsatz in der Wirtschaft adaptiert werden. Weitere Informationen unter [www.cap-akademie.de](http://www.cap-akademie.de).



... von Fehlern. Voraussetzung dafür ist ein angstfreies, von Toleranz geprägtes Arbeitsklima. Fotos: BMW

## Sprache, Macht und Demokratie

Gemeinsam mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa koordiniert und gestaltet die Akademie Führung & Kompetenz ein zweijähriges Projekt im Rahmen des Aktionsprogramms „Entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“. Das Projekt basiert auf den Ergebnissen eines Gutachtens der Akademie für den Rat für Zuwanderung und Integration der Süßmuth-Kommission, in dem Qualitätskriterien für das Erlernen von Demokratie in der Einwanderungsgesellschaft entwickelt wurden.

Im Mittelpunkt der ersten Projektphase steht der Zusammenhang von Sprache, Identität und Beteiligungschancen in Deutschland. Migranten wie Einheimische werden mit einem neuen Seminarkonzept für die verschiedenen Dimensionen von Sprache sensibilisiert und erarbeiten Möglichkeiten einer gesamtgesellschaftlichen Integration. Hierzu wird ein Praxishandbuch für Multiplikatoren erstellt. Die zweite Projektphase konzentriert sich 2006 auf die Vernetzung bestehender Bildungskonzepte und bietet eine umfassende Ausbildung zum „Integrationslotsen“ an. Weitere Informationen unter [www.cap-akademie.de](http://www.cap-akademie.de).

## Die EU in der Doppelkrise?

von Roman Maruhn

Die Lösung von drei großen Konflikten stellte sich der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker für seine EU-Ratspräsidentschaft als Aufgabe. Die Reform der Lissabon-Strategie konnte zumindest auf dem Papier abgehakt werden. Durch und durch unbefriedigend fiel dagegen der Kompromiss über den Stabilitätspakt aus: Noch nicht einmal als Symbolpolitik kann die Neuauflage der finanzpolitischen Verpflichtungen der Euro-Staaten verkauft werden.

Nach den gescheiterten Referenden über die Verfassung in Frankreich und den Niederlanden stilisierten die Europäische Kommission, Ratspräsident Juncker, Frankreichs Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder die Verhandlungen um die EU-Finzen für den Zeitraum von 2007 bis 2013 zum Beweis der Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union. Kommission und Ratspräsidentschaft mussten aus dem Selbstverständnis ihrer politischen Rollen heraus einen Kompromiss anstreben. Der Fahrplan sah eine politische Einigung auf dem Rats-treffen vom 16. und 17. Juni vor. Chirac und Schröder wollten hingegen Premierminister Tony Blair zur Aufgabe des Britenrabatts zwingen. Diese absehbare und durchsichtige Verhandlungstaktik scheiterte im Eklat. In der Folge wurde der schon fast vertraute Streit ums europäische Taschengeld zu einem kontinentalen Familiendrama aufgeblasen: Der Öffentlichkeit wird neben der Verfassungskrise die Finanzierungskrise präsentiert, Politiker drohen mit dem Auseinanderbrechen der EU, die Staats- und Regierungschefs üben sich in Leichenfledderei am Torso Europas.

Dabei eignet sich nichts weniger dazu, die Handlungsfähigkeit der EU zu



Britenrabatt, Agrarhaushalt – wer wieviel in den Haushalt zahlt, wer wieviel zurückbekommt ...

beweisen, als die Lösung des Konflikts um die zukünftige Finanzierung Europas: Die EU ist mit 25 Mitgliedstaaten deutlich heterogener geworden, Nettoempfänger drohen zu Nettozahlern zu werden, und Europa hat sich noch immer nicht die politischen Reformen gegeben, die es auch als erweiterte Union entscheidungs- und handlungsfähig machen. Folgt man außerdem dem Beispiel der Verhandlungen um die Finanzielle Vorausschau für 2000 bis 2006, dann kann es für einen Kompromiss zum

gegenwärtigen Zeitpunkt schlicht zu früh sein: Damals wurde eine Einigung erst knapp neun Monate vor Inkrafttreten gefunden, im Frühjahr 1999. Die Konsequenzen daraus – Förderprogramme etwa könnten erst mit Verspätung anlaufen – sind zwar besonders für die neuen Mitgliedstaaten bitter, aber nicht als Katastrophe, sondern als das die Europapolitik kennzeichnendes Stilelement zu betrachten. Entsprechend hat die österreichische Regierung vermutlich schon jetzt das zentrale Thema ihrer Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2006 gefunden.

Die Finanzverhandlungen haben nur sehr wenig mit der Verfassungskrise zu tun. Die zeitliche Nähe zu den gescheiterten Referenden und den chaotischen Reaktionen der Staats- und Regierungschefs der EU hat aber zusätzliche Spannungen in die traditionell von einer eher schlechten Atmosphäre gekennzeichnete Finanzdebatte gebracht.

Im wissenschaftlichen wie im öffentlichen Diskurs wird die gegenwärtige Ausgabenstruktur Europas als antiquiert und ineffektiv wahrgenommen. Unter diesem Aspekt der notwendigen Reform des EU-Haushalts sind die (Nicht)-Resultate des Europäischen Rats interessant: Die Forderung nach einem Einfrieren des Britenrabatts mit einem Gegenangriff auf die Finanz-



... wird argwöhnisch betrachtet wie nichts anderes in der EU.

Fotos: Europäische Kommission

struktur der EU und besonders den hohen Anteil des Agrarhaushalts zu beantworten, mag zwar wenig elegant, scheinheilig und unfair wirken, hat die Öffentlichkeit aber erreicht. Der Agrarkompromiss wurde nach deutsch-französischer Vorbereitung im Juni 2003 vom Rat der Landwirtschaftsminister beschlossen und galt als nicht verhandelbar. Auch wenn Blairs Motive eher Verhandlungstaktik als echter Reformeifer sein mögen, werden eine Reform des Haushalts und der Politikfelder jetzt wieder diskutiert. Aggressive Verhandlungsführung und auch ein vorläufiges Scheitern können sich also positiv auswirken und ein Reformklima schaffen.

Zwar ist eine Lösung des Finanzstreits unter der jetzigen Ratspräsidentschaft wegen ihres großen Eigeninteresses nicht zu erwarten, zumal Großbritanniens europäisches Engagement aufgrund seiner sicherheitspolitischen Orientierung an den USA und der fehlenden Integration in die Währungsunion und das Schengen-Abkommen fragwürdig bleibt. Dennoch muss Premierminister Blair beweisen, dass er auch als europäischer Außenseiter die Ratspräsidentschaft zum Erfolg bringen kann. Eine Reform des Haushalts hat er dabei auf dem Europäischen Ratstreffen informell zum Schwerpunkt seines Vorsitzes gemacht. Am konstruktiven Management dieses Themas sollte sein Erfolg gemessen werden, bevor ein Erdbeben im politischen Kräfteverhältnis der EU festgestellt wird. C•A•P-Reformvorschläge zu den EU-Finzen unter [www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/wirtschaft\\_finzen.php](http://www.cap-lmu.de/themen/eu-reform/wirtschaft_finzen.php).

*Der Autor ist Mitarbeiter der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am C•A•P.*

## Transatlantische Strategiedebatte



C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld, der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger, General James Jones, Oberbefehlshaber der Nato in Europa, und der stellvertretende C•A•P-Direktor Josef Janning (v.l.n.r.).

Trotz aller Freundschaftsbekundungen auf beiden Seiten des Atlantiks sind die Beziehungen zwischen Europa und den USA nach wie vor angespannt. Ursache hierfür sind unter anderem unterschiedliche Einschätzungen der internationalen Bedrohungslage und zum Vorgehen gegenüber Staaten wie dem Iran sowie die von den Europäern forcierte Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China. Dies alles führt dazu, dass ein tiefgreifender Vertrauensverlust die transatlantischen Beziehungen prägt. Unter Leitung von Professor Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, diskutierten politische Berater und Journalisten mit dem ehemaligen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger Anfang Mai in Brüssel. Tenor der Gespräche: Um langfristig wieder ein solides Fundament für die transatlantischen Beziehungen zu schaffen, bedarf es informeller Möglichkeiten zum Austausch zwischen den Spitzenvertretern beider Seiten. Weder die Nato noch die jährlich stattfindenden EU-US-Summits können diese Funktion erfüllen. Stattdessen müssen abseits der formalen Tagesordnung Räume für ein informelles Abtasten und schließlich eine tragfähige Verständigung geschaffen werden.

## Zwei-Staaten-Lösung für den Nahen Osten?



Geteilter Meinung: Matthew Rooney, Generalkonsul der Vereinigten Staaten, Professor Giacomo Luciani, Gastwissenschaftler am C•A•P, Felix Neugart, Nahost-Experte am C•A•P, und Professor Kenneth Stein von der Emory University in Atlanta (v.l.n.r.).

Kann eine Zwei-Staaten-Lösung den Nahost-Konflikt beenden, und wie realistisch ist eine solche Lösung? Professor Kenneth Stein von der Emory University in Atlanta vertrat bei einem Kolloquium Ende April am C•A•P einen solchen Ansatz: Eine Zwei-Staaten-Lösung sei durchaus realistisch und vielversprechend. Ein existenzfähiger Staat Palästina sei jedoch nicht nur auf die wirtschaftliche Hilfe Europas und der USA angewiesen, sondern würde vor allem die Unterstützung der arabischen Staaten bedürfen. Stein hob auch die Symbolkraft einer möglichen Staatsgründung Palästinas für die arabische Welt hervor. Professor Giacomo Luciani, Professor am European University Institute in Florenz und derzeit Gastwissenschaftler am C•A•P hielt dagegen eine solche Lösung angesichts der ökonomischen Schwäche der palästinensischen Gebiete für schwer vorstellbar: Ein Staat Palästina müsse wirtschaftlich selbstständig sein und könne nicht künstlich durch ausländische Geldströme am Leben erhalten werden. Einig waren sich die beiden Experten darin, dass sich der Nahe und Mittlere Osten rapide wandle. Es sei eine arabische „Bourgeoisie“ entstanden, die an einer arabischen Integration und einer Lösung des Nahost-Konflikts interessiert sei, so Luciani. Matthew Rooney, Generalkonsul der Vereinigten Staaten, leitete in das Kolloquium ein.

## Gäste und Gespräche am C•A•P



Wie steht es um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Wird die EU ihren eigenen Ansprüchen im Bereich der Krisenprävention gerecht? Wie zivil ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik? Wie steht es um die transatlantischen Beziehungen? Bei diesen und ähnlich brisanten Forschungsfragen kann das C•A•P in Zukunft auch auf die Expertise von Reinhardt Rummel zurückgreifen. Der renommierte Europaforscher (rechts, mit C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek) ist seit diesem Frühjahr Senior Scholar am C•A•P.



China gilt als die Boomregion schlechthin, Russland dagegen befindet sich in einem kontinuierlichen Abwärtstrend. Treffen diese Perzeptionen des Westens zu? Matthias Schepp, lange Jahre „Stern“-Korrespondent in Peking und Moskau (rechts, mit C•A•P-Direktor Professor Werner Weidenfeld), teilt sie nicht: Chinas Wirtschaftswachstum stehe auf tönernen Füßen, Russland weise ein höheres Pro-Kopf-Einkommen auf und gewinne an Dynamik. Auch sei der politische Apparat in Moskau wesentlich leistungsfähiger und lerne schneller aus seinen Fehlern.

Der Präsident der amerikanischen Brandeis University, Professor Jehuda Reinharz, hat C•A•P-Direktor **Professor Werner Weidenfeld** im April zum Fellow ernannt. Außerdem wurde Professor Weidenfeld vom Präsidenten des Europazentrums Natolin, Jacek Saryusz-Wolski, in den wissenschaftlichen Beirat der Zeitschrift „New Europe“ berufen. In Natolin ist seit elf Jahren der polnische Zweig des College of Europe (Brügge) beheimatet.

**Thomas Bauer** übernimmt das transatlantische Projekt „Improving Responsiveness“ am C•A•P von **Sebastian Brökelmann**. Der German Marshall Fund unterstützt das Projekt.

Der Bayerische Landtag hat **Dr. Stefan Rappenglück**, Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa, in die Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ bestellt. Die Kommission soll u.a. darlegen, welche Anforderungen sich aus der Querschnittsaufgabe Jugendpolitik für einzelne Politikbereiche ergeben und wie sich die Jugendarbeit auf neue Anforderungen einstellen muss.



Als Gäste am C•A•P referierten in den vergangenen Monaten unter anderem Heinrich Kreft, stellvertretender Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Wolfgang Nowak, Sprecher der Alfred Herrhausen Gesellschaft und ehemaliger Leiter der Grundsatzabteilung im Bundeskanzleramt, Dietrich Beese, Managing Director Corporate Affairs bei O2, Hans-Dieter Kronzucker, Professor für Fernsehjournalismus und Dokumentation an der Hochschule für Fernsehen und Film in München und langjähriger USA-Korrespondent, sowie der Erlanger Politikwissenschaftler Professor Michael Münter (von links oben nach rechts unten). Ausführliche Informationen zu den einzelnen Vorträgen und Gesprächen auf der C•A•P-Homepage [www.cap.lmu.de](http://www.cap.lmu.de).





WERNER WEIDENFELD (HRSG.):  
**Die Europäische Verfassung in der Analyse .**  
 Gütersloh 2005, ISBN 3-89204 -  
 727-8, 300 Seiten, 40 Euro



BETTINA THALMAIER:  
**Die zukünftige Gestalt der EU. Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven eine Reform.**  
 Baden-Baden 2005, ISBN 3-8329-  
 1338-6, 475 Seiten, 69 Euro



JUDITH HUFNAGEL:  
**Aus dem Blickwinkel der Macht. Die Grünen in der Regierungsverantwortung 1998 - 2002.**  
 München 2004, ISBN 3-933456-  
 34-7, 220 Seiten, 15 Euro

## Die Europäische Verfassung in der Analyse

Die Europäische Union hat eine Verfassung. Fast ein Jahr nach dem Ende der Beratungen im EU-Konvent und nach dem gescheiterten Anlauf zur Verabschiedung der Verfassung im Dezember 2003 haben die Staats- und Regierungschefs am 18. Juni 2004 ein neues konstitutionelles Fundament für das große Europa gelegt. Die Verfassung wurde am 29. Oktober 2004 feierlich unterzeichnet.

In der bewährten Form der Vorgängerbände „Maastricht in der Analyse“, „Amsterdam in der Analyse“ und „Nizza in der Analyse“ stellt diese Publikation die Etappen des EU-Verfassungsprozesses dar, analysiert und bewertet seine zentralen Ergebnisse im Hinblick auf institutionelle, prozedurale und politikfeldspezifische Fragen – und zeigt die Konsequenzen auf, die sich daraus für den künftigen Integrationsprozess ergeben. Vervollständigt wird der Band durch eine CD-Rom, die eine Zusammenstellung der offiziellen Dokumente des EU-Konvents und der Regierungskonferenz zum Verfassungsentwurf enthält. Über 1200 Dokumente können mittels einer Suchmaschine nach Schlagworten, Themen und Autoren erschlossen werden.

## Die zukünftige Gestalt der EU

Die Europäische Union steht angesichts des im Oktober 2004 unterzeichneten Vertrages über eine Verfassung für Europa zum wiederholten Male inmitten eines Reformprozesses. In diesem Zusammenhang zeigt die Studie, dass für die Europäische Union als eine Form des Regierens jenseits der Staatlichkeit ein Integrationskonzept erforderlich ist, das sich – anders als bei den klassischen politikwissenschaftlichen Integrationstheorien – hinsichtlich der gegenwärtigen Gestalt, des Integrationsziels und einer verbesserten Legitimität der Union nicht an staatsfixierten Konzepten, Begriffen und Leitbildern ausrichtet. Vielmehr wird dargelegt, dass die Europäische Union unter Heranziehung neuerer Theorieansätze gemäß ihrer Eigenarten reformiert werden sollte. Um der spezifischen europäischen Legitimationsproblematik gerecht zu werden, wird keine der einseitig orientierten Lösungsstrategien, welche die Debatte überwiegend bestimmen, verfolgt, sondern ein mehrdimensionaler Ansatz. Auf dieser Basis werden Vorschläge für eine demokratischere, effizientere und transparentere EU unterbreitet.

## Aus dem Blickwinkel der Macht

Keine andere deutsche Partei hat sich in den vergangenen Jahren stärker gewandelt als Bündnis 90/Die Grünen. So wurde aus der ehemals systemkritischen Gruppierung spätestens mit dem Eintritt in die Bundesregierung im Jahre 1998 eine systemtragende Kraft. Doch obwohl sich die Grünen nicht zuletzt durch jahrelange Erfahrung in mehreren Landesregierungen auf die neue Rolle vorbereitet hatten, traf die neue Stellung auf Bundesebene viele Mitglieder gänzlich unvorbereitet. Schließlich war die Partei in ihrem Selbstverständnis lange Zeit auf die Oppositionsarbeit festgelegt gewesen. Ausgangspunkt der Analyse ist das stets konfliktreiche Verhältnis der Parteiflügel, das bereits nach wenigen Monaten Regierungs-beteiligung mit der Entscheidung über eine Entsendung deutscher Soldaten in den Kosovo auf eine harte Probe gestellt wurde. Der Band analysiert die tiefgreifende Selbstreform der Grünen während ihrer ersten vier Jahre an der Macht. Eine Vielzahl innerparteilicher Faktoren findet dabei ebenso Berücksichtigung wie die politischen Rahmenbedingungen, welche die Entwicklung der grünen Partei maßgeblich mitbestimmten. Die zentrale Frage ist dabei immer, wie erfolgreich die Grünen den Wandel von einer auf Opposition ausgerichteten Bewegung hin zu einer Partei in Regierungsverantwortung vollzogen.

## Gerhard Schröder und die SPD

Mit inhaltlichen Weichenstellungen sind in der Politik auch Machtfragen aufgeworfen. Regierungsparteien stehen dabei vor einem Spannungsverhältnis von programmatischen Traditionslinien und pragmatischem Entscheiden. Gerade für die Programmpartei SPD birgt dies große Herausforderungen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ära Schröder geht es um nicht weniger als um eine Neudefinition der sozialen Gerechtigkeit. In der Außen- und Sicherheitspolitik sind die Herausforderungen nicht geringer: Die seit 1990 souveräne Bundesrepublik musste ihrer gestiegenen internationalen Verantwortung gerecht werden – verbunden mit dem Anspruch der SPD, „Friedenspartei“ zu sein. Die Analyse betrachtet das programmatische Machtmanagement unter Schröder, von der Diskussion um eine deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg bis hin zu den heftigen Auseinandersetzungen um die Agenda 2010. Zentral ist dabei der programmatische Wandel der SPD, der aus Führungsstil und Politik des Kanzlers resultiert. Deutlich wird, dass im Management des programmatischen Wandels für Spitzenpolitiker Chancen und Risiken gleichermaßen liegen. Es wird zum zentralen Machtfaktor im politischen Prozess.



SEBASTIAN FISCHER:  
**Gerhard Schröder und die SPD. Das Management des programmatischen Wandels als Machtfaktor.**  
 München 2005, ISBN 3-933456-35-5, 220 Seiten, 15 Euro

## Beteiligung übers Reden hinaus

Wodurch entsteht Motivation? Welche Schritte fördern partnerschaftliche Beteiligung? Wie können Kooperationsprojekte und Netzwerke bei der Zusammenarbeit beraten werden? „Gemeinsinn-Werkstatt“ heißt der innovative Beteiligungsansatz für Großgruppenprozesse, der freiwilliges Engagement methodisch fördert. Bestehend aus einem Grundkonzept, einem Projektverfahren und einem Begleitnetzwerk wurde er bereits in mehreren Modellprojekten angewandt – in einer Universität, einer Kommune, einer Jugendgruppe und im eigenen Multiplikatorennetzwerk. Das Handbuch und seine 260 Methodenbausteine auf CD-Rom liefern ein ganzheitliches und praxisorientiertes Instrument der Prozessentwicklung. Es entstand in einem vierjährigen Entwicklungsprojekt der Bertelsmann-Stiftung und des C•A•P in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk aus Methodenexperten. Die Publikation wendet sich an Initiatoren von Gemeinsinnprozessen aus der Politik und Verbandsarbeit, dem Bildungs- und Sozialbereich, der Wissenschaft und Wirtschaft und aus der Beratung, Moderation, Evaluation, Medien, Logistik und Internetbetreuung.



WOLFGANG FÄNDERL (HRSG.):  
**Beteiligung übers Reden hinaus – Gemeinsinn-Werkstatt: Materialien zur Entwicklung von Netzwerken.**  
 Gütersloh 2005, ISBN 3-8924-716-2, 192 Seiten plus CD-Rom, 28 Euro

## Strategien gegen Rechtsextremismus

Weder die pädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen noch zivilgesellschaftliche Ansätze zur Stärkung der demokratischen Kultur haben eine deutliche und längerfristige Abnahme von rassistischen oder antisemitischen Einstellungen bewirkt. Diese Erfahrung legt es nahe, sich intensiver mit der Herausbildung von Einstellungen und Verhaltensweisen auseinander zu setzen, um nicht erst nachträglich auf bereits verfestigte rechtsextreme Orientierungen reagieren zu müssen. Im Projekt „Strategien gegen Rechtsextremismus“, das gemeinsam vom C•A•P und der Bertelsmann Stiftung getragen wird, wurden deshalb die Potenziale von meinungs- und verhaltensprägenden Einrichtungen untersucht, tolerante Haltungen zu vermitteln und demokratiefördernd zu wirken. Im Vordergrund steht die Frage, wie Politik, Bildungseinrichtungen und Medien präventiv gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit vorgehen können. Im ersten Band „Ergebnisse der Recherche“ werden die drei Gutachten „Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz“, „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“ und „Fernsehen und Rechtsextremismus“ dokumentiert. Band 2 folgt im Sommer.



BERTELSMANN STIFTUNG /  
 BERTELSMANN FORSCHUNGSGRUPPE  
 POLITIK (HRSG.):  
**Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche**  
 Gütersloh 2005, ISBN 3-89204-718-9, 240 Seiten, 30 Euro

**22. - 24. Juli:** Wochenendseminar „Erfolgsfaktor Zuhören“ der Akademie Führung & Kompetenz. Gespräche machen einen großen Teil unseres privaten und beruflichen Alltags aus. Sie produktiv und erfolgreich führen zu können ist deshalb unbestritten eine Schlüsselqualifikation in unserer Gesellschaft. Viel zu wenig bekannt ist jedoch, welcher wichtigen Anteil das Zuhören hat, wenn es um die Entwicklung der Gesprächskompetenz geht. Neue Ergebnisse aus der Gesprächsforschung zeigen klar, dass Missverständnisse, Kommunikationsprobleme und Konflikte durch vielfältige Faktoren eines mangelhaften Zuhörens verursacht werden. Deshalb soll dieses Seminar über die Bedeutung des Zuhörens in Alltag und Beruf aufklären und mit verschiedenen Übungen die Fähigkeit zum Zuhören der Teilnehmer entwickeln. Informationen und Anmeldung bei Susanne Ulrich, Tel.: 089 – 2180 1335, E-Mail: [info@cap-akademie.de](mailto:info@cap-akademie.de)

**18. - 22. September** in Berlin: Europäisches Jugendcamp „Radio Europa 2020 ... Zukunft machen“. Informationen unter [www.radio-europa-2020.de](http://www.radio-europa-2020.de)

## C•A•PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom  
 Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P)  
 Direktor: Prof. Dr. h.c. Werner Weidenfeld  
 Maria-Theresia-Straße 21  
 81675 München  
 Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329  
 E-Mail: [cap.office@rz.uni-muenchen.de](mailto:cap.office@rz.uni-muenchen.de)  
[www.cap-lmu.de](http://www.cap-lmu.de)  
 V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek  
 Redaktion und Layout: Dominik Müller-Russell  
 Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,  
 Roman Maruhn, Dominik Müller-Russell  
 Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,  
 80798 München

# Geschichte und Außenpolitik

von Dr. Michael Weigl

Die Bilder gingen um die Welt: Demonstranten schleudern Steine und Flaschen gegen japanische Einrichtungen. Die Regierung in Peking schürt das Feuer, indem sie sich dem japanischen Wunsch nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat entgegenstellt. Der Auslöser dieser schweren Belastung der bilateralen Beziehungen: ein Schulbuch, das mit dem Segen der Regierung in Tokio die japanischen Kriegsverbrechen in China verharmlost. Ein derartiger Konflikt – wegen eines Schulbuchs?

Natürlich nicht. Die Geschichte der japanisch-chinesischen Beziehungen liest sich stets als ein Ringen um die Vorherrschaft im asiatisch-pazifischen Raum, das in den Kriegen von 1894/95 und von 1937 bis 1945 seine Höhepunkte fand. Nach dem Rückzug der japanischen Truppen aus China nach den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki dauerte es noch beinahe drei Jahrzehnte bis zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Vergangenheit hingegen geriet unter diesen Bedingungen nicht in Vergessenheit, weshalb der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao nunmehr seine Erwartung formulierte, Japan möge sich seiner Geschichte „voll und ganz stellen“ und sie „respektieren“.

Solche Stimmen spiegeln spezifisch japanisch-chinesische Befindlichkeiten wider und kommen einem doch zugleich sehr bekannt vor. Bundespräsident Horst Köhler betonte in seiner Rede vor der Knesset im Februar, dass sich Deutschland den Verbrechen der Vergangenheit gestellt habe und die Verantwortung für die Shoa „Teil der deutschen Identität“ sei. Dagegen rückte der Algerien-Krieg von 1954 bis 1962 erst vierzig Jahre nach seinem Ende ins öffentliche Bewusstsein der Franzosen. Die Auseinandersetzung mit diesem Teil kolonialer Geschichte beschäftigte dann aber nicht nur die Nationalversammlung, sondern verlieh auch dem Staatsbesuch Jacques Chiracs 2003 in Algerien historische Bedeutung. Dass die Bewältigung zahlreicher Probleme aus den historischen Beziehungen Afrikas „zur übrigen Welt“ indes weiterhin auf der Tagesordnung stehen, unterstreicht der ehemalige südafrikanische Präsident Nelson Mandela.

Die Geschichte ist in außenpolitischen Interaktionen allgegenwärtig, selbst dort, wo sie scheinbar an Gewicht verliert. Joschka Fischer erwähnte in einer Rede vor der Princeton University 2003 lediglich in einem kühlen historischen Abriss, beinahe beiläufig, dass die USA während der fünf Jahrzehnte des Kalten Krieges Westeuropa und West-Berlin gegen die hegemoniale Bedrohung der Sowjetunion verteidigt hätten. Er kommt damit zwar den Erwartungen seiner Gastgeber nach höflicher Verbundenheitsrhetorik nach. Ein emotionaler Dank an die Adresse Washingtons für ihr europäisches und vor allem deutsches Engagement nach dem zweiten Weltkrieg – wie noch von seinen Vorgängern ritualisiert wiederholt – ist Fischers Statement nicht mehr.

Um die Bedeutung von Geschichte in außenpolitischen Zusammenhängen einschätzen zu können, bedarf es nicht zuletzt eines solchen Blicks zwischen die Zeilen. Hier verbergen sich die politisch-kulturellen Grundlagen, welche in besonderen Situationen kulminieren und zu Ereignissen wie aktuell in China führen können. Hier offenbart sich, dass es zu kurz greift, kulturelles Gedächtnis allein national zu begreifen. Auch die historische Beantwortung der Frage, wer wir sind, verlangt nach einem „Anderen“, an dem man sich reiben, und einem weltpolitischen Koordinatensystem, in dem man sich verorten kann. Deutschland kann nicht ohne seine Nachbarstaaten existieren, Europa nicht ohne interkontinentale Interaktionen. Auch nicht in seinem historischen Selbstverständnis.

*Der Autor ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland am C•A•P.*